

Beitrags- und Gebührenordnung 2025 der Rechtsanwaltskammer Frankfurt am Main

beschlossen in der Kammerversammlung vom 4. November 2024

- a) Der von jedem Mitglied zu zahlende Beitrag für das Geschäftsjahr 2025 beträgt:
- 260,00 Euro (Regelbeitrag),
- für Mitglieder (natürliche Personen),
- die ihre Erstzulassung beantragen, auf Antrag für das Jahr der Zulassung sowie für die beiden Folgejahre 200,00 Euro;
 - deren Erwerbstätigkeit aufgrund der Geburt eines Kindes nicht unerheblich eingeschränkt ist, auf Antrag und für längstens drei Jahre ab Geburt 150,00 Euro, der Antrag ist im Jahr der Geburt unverzüglich unter Beifügung einer Kopie der Geburtsurkunde sowie jeweils in den beiden Folgejahren neu zu stellen;
 - die der Rechtsanwaltskammer Frankfurt am Main mindestens 10 Jahre angehören und vor Beginn des Geschäftsjahres das 70. Lebensjahr vollendet haben, auf Antrag 200,00 Euro;
 - die eine Berufsunfähigkeitsrente erhalten auf Antrag unter Beifügung einer Kopie des BU-Rentenbescheides 100,00 Euro.

Ein Antrag nach Satz 1 ist bis zum 30. April 2025 (Ausschlussfrist) formlos zu stellen. Eine Reduzierung des Beitrags ist nicht gleichzeitig für mehrere der vorgenannten Reduzierungsgründe möglich.

Zusätzlich zum Beitrag ist von jedem Mitglied, das zum 01. Januar 2025 der Rechtsanwaltskammer Frankfurt am Main angehört, die von der Rechtsanwaltskammer Frankfurt am Main an die Bundesrechtsanwaltskammer für das besondere elektronische Anwaltspostfach zu zahlende beA-Umlage in Höhe von 74,00 Euro für das Geschäftsjahr 2025 zu zahlen.

Der Beitrag sowie die beA-Umlage sind bis spätestens 31. März 2025 zu zahlen. Sollte die Zahlung bis spätestens 30. April 2025 nicht oder nicht vollständig eingegangen sein, wird ein Säumniszuschlag in Höhe von 30,00 Euro erhoben.

- b) Während des Geschäftsjahres neu zugelassene oder ausscheidende Mitglieder entrichten den Beitrag anteilig. Dies gilt nicht für die beA-Umlage. Die Beitragspflicht für die neu zugelassenen Mitglieder besteht von dem 1. des auf die Zulassung folgenden Monats an, für die ausgeschiedenen Mitglieder bis zum Ende des Monats, in dem die Löschung erfolgt. Der anteilig zu entrichtende Jahresbeitrag beläuft sich auf 1/12 pro vollendetem Kalendermonat. Wird der anteilig zu entrichtende Mitgliedsbeitrag der neu zugelassenen Mitglieder im Jahr der Zulassung nicht gezahlt, fällt ab dem 01.01. des Folgejahres ein Säumniszuschlag in Höhe von 30,00 Euro an.

- c) Der Schatzmeister kann in besonderen Fällen auf Antrag im Einzelfall nach billigem Ermessen den von der Kammerversammlung beschlossenen Beitrag sowie die beA-Umlage ganz oder teilweise längsten falls bis zum Ende des Beitragsjahres stunden. Der Antrag ist unter Vorlage entsprechender Einkommensnachweise schriftlich an den Schatzmeister der Rechtsanwaltskammer Frankfurt am Main bis spätestens zum 30. April 2025 (Ausschlussfrist) zu stellen und zu begründen. Sollten die Gründe erst später auftreten, ist der Antrag unverzüglich zu stellen. Ein Erlass des Kammerbeitrages und der beA-Umlage ist nicht möglich.
- d) Für die Bearbeitung von Anträgen auf Gestattung von Fachanwaltsbezeichnungen ist mit Antragstellung eine Gebühr von 350,00 Euro zu zahlen.
- e) Für die Bearbeitung von Anträgen auf Erteilung oder Verlängerung eines Amtlichen Prüfsiegels der Rechtsanwaltskammer Frankfurt am Main und/oder des Fortbildungszertifikates der Bundesrechtsanwaltskammer ist mit Antragstellung eine Gebühr von 75,00 Euro zu zahlen.
- f) Für die Aufnahme in die Liste der Mediatorinnen und Mediatoren der Mediationsstelle für das Bauwesen ist mit Antragstellung eine Gebühr von 150,00 Euro zu zahlen.
- g) Im Rügeverfahren wird von dem betroffenen Mitglied, gegen das eine Rüge verhängt worden ist, für das Aufsichtsverfahren mit Bestandskraft des Bescheides eine Gebühr von 150,00 Euro erhoben.
Im Falle eines Einspruchs gegen die Rüge wird darüber hinaus, sollte der Einspruch zurückgewiesen werden, mit Bestandskraft des Bescheides eine weitere Gebühr von 150,00 Euro erhoben.
- h) Sofern die Ausfertigung einer Zahlungsaufforderung gem. § 84 BRAO zur Einleitung der Zwangsvollstreckung erfolgen muss, wird eine Gebühr in Höhe von 45,00 Euro erhoben.
- i) Die Höhe der Gebühren für den Zulassungsbereich und die Bestellung eines Vertreters werden wie folgt festgesetzt:

| | |
|---|----------|
| Zulassung Einzelmitglied | 220,00 € |
| Aufnahme nach Kammerwechsel | 100,00 € |
| Zulassung als Syndikusrechtsanwalt | 300,00 € |
| Erstreckung der Zulassung als Syndikusrechtsanwalt auf ein weiteres Arbeitsverhältnis oder eine geänderte Tätigkeit | 300,00 € |
| Aufnahme bzw. Zulassung eines ausländischen Mitglieds | 220,00 € |
| Feststellung einer unwesentlichen Tätigkeitsänderung | 300,00 € |
| Vollintegration | 220,00 € |
| Rücknahme des Antrags auf Zulassung/Versagung durch RAK | 130,00 € |
| Zulassung Berufsausübungsgesellschaft | 700,00 € |
| Zweigstelle einer Berufsausübungsgesellschaft | 250,00 € |
| Sitzverlegung einer Berufsausübungsgesellschaft | 200,00 € |
| Rücknahme des Antrags auf Zulassung Berufsausübungsgesellschaft/Versagung durch RAK | 250,00 € |
| Vertreterbestellung | 25,00 € |

Die Gebühr ist mit Antragstellung fällig.